

FreiBrief aus Berlin

Mai 2023



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

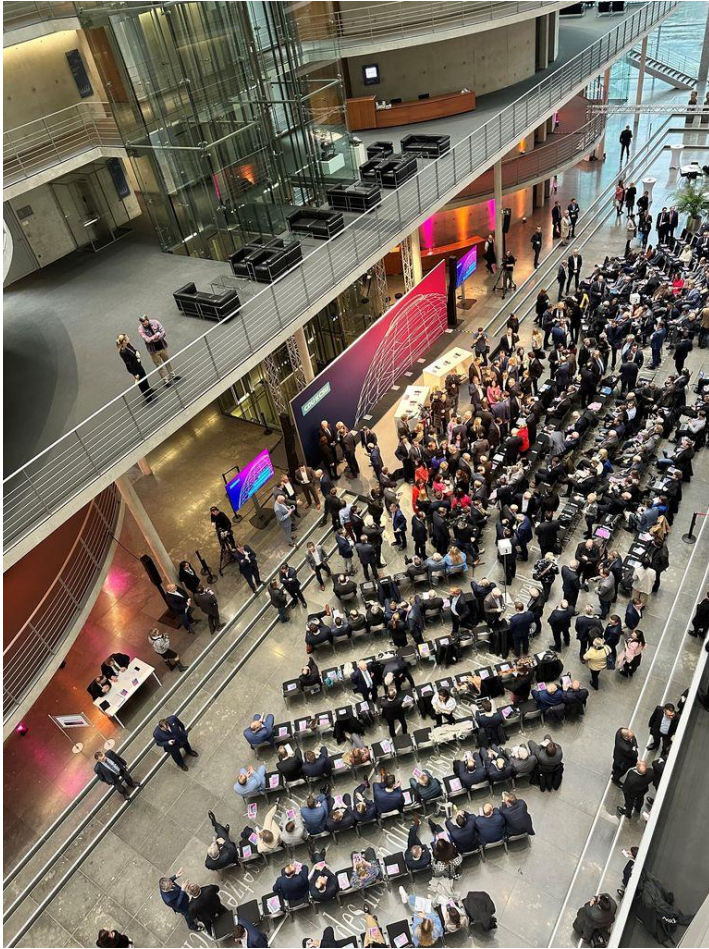
Sehr geehrte Damen und Herren,

die Brechstange kann im Mannschaftssport als sprichwörtlich letztes Mittel noch zum Erfolg führen. Die Brechstange als Werkzeug kann zwar zum eigentlichen Ziel führen, hinterlässt durch ihren Einsatz aber auch großen Schaden, wo man sie ansetzt. Als Politik mit der Brechstange werde ich die ideologische Verbotspolitik der Grünen innerhalb der Ampel, weil sie geschaffene Werte zerstört und positive Entwicklungen verhindert. Genau dies erleben wir aktuell bei der Klimaschutzpolitik des Bundeswirtschaftsministers, der die Interessen der Wirtschaft ignoriert und auf Planwirtschaft setzt. Dabei ist klar, dass Planwirtschaft nie zum Ziel führt. Nicht nur das Ende der ehemaligen DDR, sondern insbesondere der Untergang der deutschen Solarindustrie sollten uns alle Mahnung sein. Zum Glück schrillen inzwischen auch bei den Liberalen, die als Regierungspartei immer mehr Abwehrhaltung einnehmen und Habecks Zwangsgesetz nur unter Vorbehalt zustimmten.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss nicht nur der Verkehrssektor vom CO₂-Ausstoß runter, sondern auch der Gebäudesektor, der noch mehr zur Klimaerwärmung beiträgt. Dafür sollen in kürzester Zeit Millionen Heizungen auf den Schrottplatz. Aber wie der Heizungsaustausch personell, technisch und finanziell umgesetzt werden soll, bleibt ungelöst. Entsprechend kopfschüttelnd und verängstigt reagieren die Menschen in unserem Land auf diese Politik. Statt Brechstange braucht es marktwirtschaftliche Impulse und zeitlichen Vorlauf. Mit einer konsequenten CO₂-Bepreisung hat etwa das Europaparlament im April das richtige Signal gesetzt. Der gestraffte Pfad bei den Zertifikaten bis 2030, die Ausweitung auch auf die Schifffahrt sowie die Einbeziehung von Verkehrs- und Wohnsektor ab 2027 sind alles, was es braucht. Schließlich können die Bürger bei steigenden Belastungen am besten selbst entscheiden, ob neue Technologien sinnvoll sind und sich rechnen.

Herzlichst

Union nimmt Sorgen der Kommunen bei der Bewältigung der Migration nach Deutschland ernst



Im vergangenen Jahr sind 1,1 Mio. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland gekommen, um Schutz zu finden. Zudem wurden 244.000 Asylanträge von Migranten aus Drittstaaten gestellt. Deutschland steht vor immensen Herausforderungen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten, die sich auch bei den Zuzugszahlen in diesem Jahr bereits schon wieder ablesen lassen. Unzählige Hilferufe von Bürgermeistern und Landräten aus ganz Deutschland sind in den vergangenen Wochen publik geworden. Was aber ist bisher geschehen? Die Bundesregierung hat zwei Migrationsgipfel einberufen. Am 11. Oktober 2022 und 16. Februar 2023. Beide sind weitgehend ergebnislos verstrichen. Die Hilferufe der Kommunen wurden ignoriert. Wer die Sorgen der Kommunen nur zur Kenntnis nimmt, tut nichts, um das Problem zu lösen. Diese Bundesregierung handelt fahrlässig. Wir als Union hören zu und wollen Lösungen erarbeiten, damit der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Akzeptanz der Bürger in Deutschland für eine humane Asylpolitik nicht auf der

Strecke bleiben. Aus diesem Grund haben wir Ende März einen Kommunalgipfel zur Asylpolitik im Deutschen Bundestag durchgeführt, dem mehr als zweihundert Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister gefolgt sind, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Ganz besonders habe ich mich gefreut, dass auch Landrat Sven Hinterseh dieses Angebot angenommen hat, um die Interessen des Schwarzwald-Baar-Kreises zu vertreten. Im Ergebnis steht ein Antrag von CDU und CSU, der Ende April im Deutschen Bundestag eingebracht und debattiert wurde. Meine Rede für unsere Fraktion können Sie hier noch einmal anschauen: https://youtu.be/XJ8y_lzOKAU

Grüner Heizungszwang ist ein unkalkulierbares finanzielles Risiko für Millionen



Die Bundesregierung geht mit ihrem Gebäudeenergiegesetz und dem damit verbundenen ab 1.1.2024 geltenden faktischen Zwängen, sämtlichen Wohnraum mit einer Wärmepumpe auszustatten, weiter den ideologischen Verbotsweg der Grünen, obwohl es nicht einmal genügend Kapazitäten bei den Handwerkern oder auch nur den Anlagen gibt. Hinzu kommt die große Gefahr des finanziellen Ruins insbesondere von älteren Menschen, die häufig keinen Kredit für die teuren Zwangssanierungen erhalten dürften. Am Ende sind Zwangsverkäufe zu befürchten. Die einzigen, die sich die Hände reiben dürften sind ausländische Investoren, die das Wohnen massiv verteuern werden. Auch Mieter dürften dies deutlich spüren, wenn Sanierungen monatlich umgelegt werden. Inakzeptabel ist auch, dass es noch immer keine Regelungen dazu gibt, wie staatliche Unterstützungen aussehen könnten. Die Menschen werden wieder einmal kalt erwischt und dann im Regen stehen gelassen. Das zerstört das Vertrauen der Menschen in ihren Staat. Dieser selbstzerstörerische und wohlstandsvernichtende Sonderweg löst auch bei mir nichts als Kopfschütteln aus. Statt Verbote braucht es Anreize durch

marktwirtschaftliche Impulse. Mit einer konsequenten CO₂-Bepreisung lässt sich das Ziel erreichen. In dieser Hinsicht war die kürzlich vom Europaparlament beschlossene Reform des Zertifikatehandels das richtige Signal. Der gestraffte Kürzungspfad bei den Zertifikaten bis 2030, die sofortige Ausweitung auch auf die Schifffahrt sowie die Einbeziehung von Verkehrs- und Wohnsektor ab 2027 sind alles, was es braucht. Schließlich können die Bürger bei steigenden Belastungen am besten selbst entscheiden, ob neue Technologien sinnvoll sind und sich rechnen oder nicht. Dazu braucht es keine ideologischen Zwangsverbote oder die Grünen. Zu diesem Thema habe ich beispielsweise beim BILD-Talk „Viertel nach Acht“ mit interessanten Gesprächspartner diskutiert: <https://youtu.be/H-LWEQbL5s8>

Karl-Brachat-Realschüler aus Vilingen zu Gast im Deutschen Bundestag



In der letzten Aprilwoche waren eine neunte und zwei zehnte Klassen der Karl-Brachat-Realschule mit 67 Schülerinnen und Schuler unter Führung ihrer Klassenlehrer Josef Spath, Simon Schneider und Frank Rosenstiel zu einer Studienfahrt in Berlin. Dabei durfte auch die politische Bildung und damit verbunden ein Besuch des Deutschen Bundestags nicht fehlen. Dort besichtigten die Gäste aus dem Schwarzwald den Plenarsaal und trafen mich zu einem persönlichen Gespräch. Bei diesem Gespräch erläuterte ich zunächst meine Aufgaben als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, die Rolle der Union in der Opposition und ordnete die aktuellen Themen im Bundestag ein, die sich immer an den Herausforderungen in Deutschland orientieren. In diesem Zusammenhang betonte ich, dass „1,9 Mio. Arbeitskräfte, 700.000 Wohnungen oder auch hunderttausende Lehrer- und Ärzte im ganzen Land fehlen. Überall spüren die Menschen einen Mangel, den wir auch wegen des demografischen Wandels und der starken Zuwanderung absehbar nicht schnell bewältigen können“. Daran schlossen sich zahlreiche Fragen der Schülerinnen und Schüler

an, die sich vor allem für den Stand der Cannabislegalisierung, meine Sicht auf die Klimaaktivisten der ‚Letzten Generation‘ oder auch den Atomausstieg interessierten.

Bock auf 1 Jahr USA? Bewerbungsfrist für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm beginnt



Mit großer Vorfreude blickt Bettina Schwab aus Donaueschingen auf den Sommer. Denn dann geht es für sie knapp ein Jahr in die USA, wo sie die Highschool besuchen, viele neue Freunde finden und den „American Way of Life“ fühlen wird. Bettina Schwab hat sich mit ihrer Bewerbung für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm im letzten Jahr in einem starken Bewerberfeld durchgesetzt und wird als eine von 350 Schülerinnen und Schülern Deutschland als Botschafter in den USA repräsentieren. Damit folgt sie auf eine ganze Reihe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich bisher aus meinem Wahlkreis erfolgreich beworben haben. Auch in diesem Jahr wird der Deutsche Bundestag die begehrten USA-Stipendien für Schüler und Azubis vergeben. Der Bewerbungsprozess startet am 2. Mai. Wer sich dabei durchsetzt, kann im Sommer 2024 in die USA gehen, um dort unvergessliche Eindrücke zu sammeln, Freunde fürs Leben zu finden, die Sprache zu lernen und unschätzbare interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln. Die bisherigen Stipendiaten aus meinem Wahlkreis kehrten alle begeistert zurück. Umgekehrt erwarten wir von der US-Seite ebenso eine Delegation von 350 jungen Amerikanerinnen und Amerikanern, für die der Aufenthalt in Deutschland ebenso ein spannendes Abenteuer sein dürfte. Bis zum 8. September können sich Interessenten für ein solches PPP-Stipendium und potenzielle Gastfamilien bewerben. Bei Interesse eht mein Büro gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung. Weitere führende Informationen finden sich unter www.bundestag.de/ppp.

Hoffen auf den Bahnhofausbau in Hausach



Im Mittelpunkt meines Besuchs in Hausach standen die Unsicherheit bei der Förderung des Breitbandausbaus, der seit Jahren erhoffte Ausbau des Bahnhofs, die Flüchtlingsunterbringung in der Stadt, die wachsende Bürokratie und die ab November anstehende Sanierung des Sommerbergtunnels für 50 Millionen Euro. Für Verdruss sorgt vor allem der Rückzug der zugesagten Bahnmodernisierung durch Verkehrsminister Hermann ohne Begründung. Nun steht eine finanzielle Beteiligung von drei Millionen im Raum, zu der ich geraten habe, um das wichtige Projekt endlich in Gang zu bringen. Zum Abschluss warfen Bürgermeister Wolfgang Hermann und einige Fraktionsvertreter mit mir einen Blick in das 2020 eröffnete Kinzigtalbad, ein 13 Millionen EUR teures, interkommunales Vorzeige-Projekt mehrerer Kinzigtal-Gemeinden.

Gewerbeschau zeigt starke Seiten Bad Dürrheims



Starke Zeichen setzte Bad Dürrheim mit der Gewerbeschau, die sich auf drei Kilometer Länge durch die ganze Stadt erstreckte. 60 teilnehmende Unternehmen repräsentierten die ganze Bandbreite der einheimischen Wirtschaft in der Salinenstadt. In meinem Grußwort betonte ich, dass die Politik nur die nötigen

Rahmenbedingungen schaffen müsse, damit sich die Wirtschaft entfalten kann. Politik und Wirtschaft müssen sich in einer Welt im Umbruch aber weiter anstrengen, damit Deutschland wirtschaftlich an der Spitze mithalten kann.

Bei der Landestagung des SoVD



Der Sozialverband Deutschland SoVD ist eine soziale, humanitäre und sozialpolitische Selbsthilfeorganisation, die seit 1917 für soziale Gerechtigkeit eintritt. Die Landesverbandsversammlung des SoVD tagte Anfang April traditionell in Oberwolfach. Ich war hier Gast und bedankte mich für das soziale Engagement der Vereinigung als politischer Anwalt der rund 600.000 Mitglieder im ganzen Land. Ich sehe den SoVD als wichtigen Akteur, der mit seiner Arbeit auch zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beiträgt.

Mit Döggingen das Dorfjubiläum gefeiert



Döggingen feierte Anfang April den Festakt zur ersten urkundlichen Erwähnung vor 900 Jahren. In meinem Grußwort betonte ich die sehr gute Entwicklung des Bräunlinger Stadtteils in den vergangenen Jahrzehnten: Döggingen ist mit seiner Infrastruktur, der Vitalität des Ortes, aber auch der Aktivität und Attraktivität der Vereine sowie einer funktionierenden Dorfgemeinschaft bestens für die Zukunft aufgestellt.

Am letzten Augustwochenende wird das Dorfjubiläum im Rahmen des traditionellen Brunnenfests groß gefeiert.

CDU-Bezirksvertreter nominieren Andreas Schwab für Europawahl



In der Bezirksvertreterversammlung der CDU Südbaden in der Tonhalle in Villingen-Schwenningen wählten die auf Kreisebene bestimmten 120 Delegierten ihre Kandidaten für die im kommenden Jahr anstehende Europawahl. Andreas Schwab, seit 2004 der Vertreter Südbadens im Europäischen Parlament, wurde als Kandidat auf Listenplatz 3 mit knapp 80 Prozent der Stimmen erneut nominiert. Ich gratulierte Andreas Schwab zu diesem Ergebnis und betonte zuvor als Tagungspräsident, dass die CDU ihren Weg fortführen wird, Politik für die Menschen aus einem Guss von der Kommune bis nach Europa zu machen. Gratulation auch an Alexandra Sauter aus dem Kreisverband Tuttlingen, die als Ersatzkandidatin mit hoher Zustimmung gewählt wurde.

Gute Signale aus Gütenbach



Gütenbach und insbesondere die Uhrenmanufaktur Hanhart sowie das Dorfcafé waren Ziele meines Gemeindebesuchs zusammen mit Bürgermeisterin Lisa Hengstler und dem CDU-Ortsvorsitzenden Maurice Cazautet. Es freute mich sehr, dass Geschäftsführer

Simon Hall von einer erfreulichen Geschäftsentwicklung des Uhrenherstellers berichtete. Ebenso erfreulich entwickelt sich die kleine Gemeinde. Nach der Sanierung der Gemeinde- und Sporthalle wurde inzwischen das Breitbandnetz in Betrieb genommen. Im Bau befindet sich das neue Rathaus mit Feuerwehr und Bürgersaal. Gefreut hat mich auch die Teilnehmerzahl in der Diskussionsrunde im Café zur nachmittäglichen Stunde.

Unternehmer fordern niedrigere Steuern



Als Gast in der Mitgliederversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schwarzwald-Baar (MIT) gratulierte ich der im Amt bestätigten Spitze, dem Vorsitzenden Rainer Christel und dessen Stellvertreter Horst Hall. Weniger Bürokratie und niedrigere Unternehmenssteuern lauteten die Forderungen in der Runde. Diese sind berechtigt, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können und Investoren für Deutschland werben zu können. Neben der Steuerreform brauche es für die deutsche Industrie vor allem deutlich günstigere Energie, ansonsten verliere das Land zu viel Boden gegenüber der internationalen Konkurrenz und auch Fabriken ans Ausland. Die Abschaltung der Kernenergie zum jetzigen Zeitpunkt sei daher ein großer Fehler gewesen.

Diskussion mit Landrat Hinterseh in der Dezernentenrunde



Bei Landrat Sven Hinterseh und seinen Dezenten war ich im Landratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises zu Gast. Dabei ging es um die Flüchtlings- und Asylsituation im Land. Der Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises betonte, dass die Luft immer dünner werde und eine Änderung der Situation nicht absehbar sei. Er bedankte sich ausdrücklich für die Kommunalgipfel-Initiative der Unionsfraktion in Berlin, der den 400 teilnehmenden Kommunalpolitikern die Möglichkeit geboten habe, die angespannte Lage vor Ort zu schildern. Weitere Themen des Gesprächs waren die langfristige Finanzierung des 49-Euro-Tickets, eine für die Landratsämter personell kaum zu stemmende Einbürgerungswelle nach der Flüchtlingswelle 2015/16 aus Syrien, die Auswirkungen des Klimawandels auf den Schwarzwald und der enorm gestiegene Aufwand in der Jugendhilfe nach der Corona-Krise.

Wolfacher wünschen mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie



Der stetig wachsende bürokratische Aufwand und wachsende Förderhürden standen im Mittelpunkt des Gesprächs bei meinem Stadtbesuch in Wolfach. In der Diskussion mit Bürgermeister Thomas Geppert und Stadträten waren wir uns einig, dass sich durch den allgemeinen Personalmangel in Wirtschaft und Verwaltung eine wachsende Bürokratie immer negativer auf die Umsetzungsgeschwindigkeit auf allen Ebenen im Land auswirkt. Abgerundet wurde der Stadtbesuch mit einer Betriebsbesichtigung mit Geschäftsführer Christoph Siegel bei der Supfina Grieshaber GmbH & Co. KG. Das Unternehmen gehört zu den weltweit führenden Anbietern von modernen Lösungen für die Bereiche Maschinen- und Anlagenbau, Automation, Robotik und Dienstleistungen und zählt derzeit 180 hochqualifizierte Mitarbeiter.

St. Georgen wird mit vielen Millionen saniert



30 Millionen Euro wird St. Georgen in die Sanierung des Stadtzentrums mit Rathauskernsanierung und anschließend weitere 30 Millionen Euro in die Sanierung der Schulen in den nächsten Jahren investieren. Während die Arbeiten auf dem Marktplatz Ende April begonnen haben, geht die Sanierung und Umwandlung des Roten Löwen aus dem 16. Jahrhundert zum neuen Bürgerzentrum für mehrere Millionen Euro bereits dem Abschluss entgegen. Das ist beeindruckend, was hier passiert, attestierte ich Bürgermeister Michael Rieger und seinen Gemeinderäten bei meinem Besuch in der Bergstadt.

Festakt zu 75 Jahre FDP Donaueschingen



Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der FDP Donau- eschingen gratulierte ich den Verantwortlichen beim Festakt in den Donauhallen. Donau- eschingen und die ganze Baar sind Besonderheiten für die Liberalen, denn hier schneidet die Partei seit Jahrzehnten weit besser ab als im Landes- oder Bundesvergleich. In diesem Zusammenhang ragt Ehrenbürger Hansjürgen Bühler heraus, der als langjähriger Vorsitzender und inzwischen seit mehr als 60 Jahren für die Werte der FDP eintritt.

Villingen-Schwenningen bei der Flüchtlingsauf- nahme an der Grenze



Mit Villingen-Schwenningens Oberbürgermeister Jür- gen Roth und einigen Stadträten haben wir bei mei- nem Stadtbesuch über die enorme Belastung durch die jüngste Flüchtlingswelle gesprochen. Es sei ange- sichts des generellen Fachkräftemangels einfach zu viel für die Kommunen, meinte OB Roth. Weitere The- men waren die Probleme beim Wohnbau durch ge- stiegene Baukosten und gekürzte KfW-Mittel, der ge- setzlich erschwerte Kauf von landwirtschaftlichen Flächen, der Lückenschluss an der B523 und die Be- schleunigung von Verwaltungsprozessen. Zu Letzte- rem betonte ich, dass mir eine zweitbeste Lösung ge- nerell lieber sei als keine Lösung. Wir haben es mit den

Verordnungen auf allen Ebenen übertrieben und soll- ten wieder pragmatischer werden, ansonsten kom- men wir an vielen Stellen nicht mehr weiter, etwa bei der Kinderbetreuung, wenn das Personal für den vor- gegebenen Stellenschlüssel fehlt.

Herzliche Einladung zur Bürgersprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Frei- tag, 30. Juni, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Ich freue mich auf Sie!








Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

 thorsten.frei@bundestag.de
 www.thorsten-frei.de
 ThorstenFreiCDU
 thorsten.frei
 Thorsten Frei